„Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 8,— M., monatl. 35,— M., vorauszahlbar frei ins Haus.
Für Abholer 30,— M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 60 M., abends sowie Sonn- und Festtags 1,— M.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 9.— M. unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau".
Arbeitsmarkt und private Familienanzeigen 4.— M.
Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 5.— M.
Reklamezeile 45.— M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 186. Freitag, den 21. April 1922 — Abend-Ausgabe. 36. Jahrgang.

Parlamentskrise in Sachsen.

Eine Probe auf die „Einheitsfront" mit Kommunisten.

Ueber die Notwendigkeit der Einigung der proletarischen Parteien ist noch nie soviel geredet worden, wie in diesen Tagen. Jeder Tag zeigt aber aufs neue, daß wir von der Einigung noch sehr weit entfernt sind. Die Koalitionsfrage bildet die tiefe Kluft, die sich fast unüberbrückbar zwischen der SPD. und der USPD. auftut. Diese Frage spielt nicht nur da eine Rolle, wo Sozialdemokraten mit Bürgerlichen zusammen eine Regierung bilden, sondern auch da, wo wir rein sozialistische Regierungen haben. Hier sind es die Kommunisten, die den sozialistischen Regierungen jeden Tag den Boden entziehen können. In Braunschweig kam es zur Landtagsauflösung, weil die Kommunisten mit den bürgerlichen Parteien in der Frage der Grund- und Gewerbesteuer stimmten und dadurch die Regierung in der Minderheit blieb. Die Folge war die Landtagsauflösung. Wie in Braunschweig, so sind auch in Sachsen die Kommunisten das Zünglein an der Wage. Auch dort drohten dieselben Steuern an der Haltung der Kommunisten zu scheitern. Als es aber zur Entscheidung kam, waren die Kommunisten klug genug, die Regierung nicht in Gefahr zu bringen. Auch in vielen andern Fragen haben sie die sächsische Regierung gerettet. Jetzt scheinen sie aber alle Klugheit verloren zu haben. Das Agitationsbedürfnis hat den Sieg davongetragen.

Bei der Abstimmung über den Justizetat lehnten die Kommunisten das Gehalt des Ministers ab, und die bürgerlichen Parteien taten dasselbe. Darauf wurde auch der Justizetat abgelehnt. Die Kommunisten erklärten, sie hätten gar nicht die Absicht gehabt, gegen den Justizminister zu demonstrieren, sondern hätten nur den Justizetat ablehnen wollen. Es scheint ihnen gar nicht klar geworden zu sein, daß mit der Ablehnung dieses Etats auch dem Minister das Gehalt verweigert wurde. Jedenfalls hatten die Kommunisten eine Dummheit gemacht, was sie später auch einsahen. Nach den Osterferien hätte sich deshalb vielleicht noch ein Ausgleich finden lassen. Die Lage erfuhr jedoch eine Verschärfung dadurch, daß in derselben Sitzung, in der die Kommunisten den Justizetat ablehnten, der Antrag der sozialistischen Parteien angenommen wurde, den 1. Mai und den 9. November in Sachsen zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären. Die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hatten wegen dieses Beschlusses einen Antrag auf Volksentscheid angekündigt, die Ablehnung des Justizetats aber gab ihnen Veranlassung, die Auflösung des Landtages zu beantragen, während die Demokraten zunächst nur die Umbildung der Regierung verlangten. Die beiden Rechtsparteien haben nun die Anträge wegen des Volksentscheides über die Feiertage und der Auflösung des Landtages offiziell eingebracht. Der Landtag wird sich also alsbald nach seinem Wiederzusammentritt damit zu beschäftigen haben. Da auch die Kommunisten den Antrag auf Auflösung unterstützen würden, wäre seine Annahme sicher. Aber die Kommunisten meinen, es wäre jetzt richtiger, zur Offensive überzugehen und den Landtag durch die Regierung auflösen zu lassen. Nach Lage der Verhältnisse wird auch kaum etwas anderes übrigbleiben.

Die Kommunisten glauben, die Neuwahl des Landtages biete die beste Gelegenheit, die sozialistische Regierung, die jetzt nur über eine Mehrheit von 2 Stimmen verfügt, auf eine breitere Basis zu stellen. Ueber den Ausfall der Wahlen läßt sich natürlich noch nichts Bestimmtes voraussagen, zumal die beiden sozialdemokratischen Parteien wegen des Verhaltens der Kommunisten als sozusagen anonyme Regierungspartei gegenüber den bürgerlichen Angriffen keinen leichten Stand haben wird. Aber selbst wenn es gelänge, den Bürgerlichen einige Mandate abzuringen, dann würden auch im neuen Landtag die Kommunisten das Zünglein an der Wage bleiben und die Regierung könnte wieder jeden Augenblick von ihnen gestürzt werden. Für die Regierung wäre also die Lage ebenso schwierig, wie sie jetzt ist. Für die Sozialdemokratische Partei wäre es jedenfalls sehr schwer, mit der Parole: „Für die sozialistische Regierungskoalition!" in den Wahlkampf zu ziehen. Sie müßte ihn selbständig durchführen, eine eigene Politik treiben und die Frage nach der Regierungsbildung von dem Ausfall der Wahlen abhängig machen.

Bemerkt mag noch werden, daß die Kommunisten die Regierung nach dem Wiederzusammentritt des Landtages erneut in eine schwierige Lage bringen werden, daß sie dem Gesamtetat nur dann zustimmen wollen, wenn die Regierung eine Reihe von Forderungen erfüllt. Diese Forderungen könnten wohl von den Sozialdemokraten unterstützt werden, gehören aber nicht zur Kompetenz der Länder und sind daher nur zu dem Zwecke eingebracht worden, der Regierung Schwierigkeiten zu machen.

Die parlamentarische Lage in Sachsen wird jedenfalls in der nächsten Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit weit über die Grenzen des Landes hinaus auf sich ziehen.

Man wird hier an einem praktischen Beispiel erleben, wohin es führt, wenn die sozialistische Arbeiterschaft sich von den kommunistischen Wirrköpfen ins Schlepptau nehmen läßt. Schlimm genug ist schon, daß ein Land wie Sachsen, das immer gewaltige sozialdemokratische Mehrheiten aufwies und ein Arbeiterstaat im reinsten Sinne des Wortes werden konnte, in seiner Politik heute abhängig ist von den Deutschnationalen, die früher nicht einen einzigen sächsischen Kreis hätten erobern können, jetzt aber durch den Beistand, den ihnen die Kommunisten leisten, eine Macht geworden sind.

Die Antwort der Deutschen in Genua.

Der Friedensschluß.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo".)

SPD. Genua, 21. April.

Der Zwischenfall kann als beigelegt betrachtet werden. Die Delegationen haben sich geeinigt. Der formelle Akt der Beilegung des Konflikts wird heute durch die Uebergabe der deutschen Antwort erfolgen. Die kurze Note wurde gestern in vollem Einverständnis mit allen in Genua anwesenden Ministern festgestellt. Sie besagt in ihren wesentlichen Punkten, daß Deutschland bereit ist, vorläufig aus der Kommission für russische Angelegenheiten auszuscheiden. Zum Schluß betont die Antwort, daß die deutsche Regierung immer bestrebt war und sich auch weiter bemühen wird, freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten zu erreichen und zu fördern. So wird einem Wunsche der Entente entsprochen, ohne Deutschlands Interessen irgendwie zu gefährden. Deutschlands Anwesenheit in der Kommission für russische Fragen wäre vielleicht nicht unangenehm, sicher aber bei den obwaltenden Umständen nicht von großem Nutzen. Ohne Zweifel hätte bald die Zeit kommen müssen, in der Deutschland an der Seite Rußlands in gewissen Fragen gegen die Ententestaaten gestanden hätte, und ein neuer Zwischenfall wäre die Folge. Nach der jetzigen Haltung der deutschen Regierung wird Rußland außerhalb irgendwelcher Gefahr stehen, seine Auffassungen allein durchzusetzen, ohne daß deutsche Interessen verletzt werden können. Der Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland und Rußland bleibt abgeschlossen. Es ist bestimmt zu erwarten, daß ihm weitere gegenseitige Dienste folgen werden. Wir begrüßen das, bedauern an der ganzen Angelegenheit nur, daß die deutsche Delegation 72 Stunden brauchte, um einen Ausweg zu finden, der schon seit Anbeginn der Krise als der geeignetste erschien und sicherlich manchen Auftritt hinter den Kulissen vermieden hätte.

•

Lloyd George vor der Presse.

Wir berichteten bereits im Morgenblatt durch eigenen Drahtbericht von der Verlautbarung der Beilegung des „Zwischenfalls" von Genua in einer Pressekonferenz bei Lloyd George. WTB. berichtet jetzt noch darüber:

Für Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, waren die in Genua anwesenden Pressevertreter aller Länder nach dem Palazzo St. Giorgi, wo vor zehn Tagen die Konferenz eröffnet wurde, eingeladen worden, um eine Erklärung Lloyd Georges entgegenzunehmen. Der englische Premierminister hielt zunächst eine kurze Rede und beantwortete hierauf eine Reihe an ihn gerichteter Fragen. Er sagte u. a.: Die Konferenz ist noch am Leben und an der Arbeit. Es gibt zwei Arten von Leuten: Die einen wünschen der Konferenz Erfolg, die andern das Gegenteil. Den letzteren habe ich nichts Ermutigendes mitzuteilen. Wir arbeiten uns durch die Schwierigkeiten hindurch. Der durch Abschluß des deutsch-russischen Vertrages herbeigeführte Zwischenfall ist, wie ich hoffe, erledigt und wird keine ferneren Schwierigkeiten mehr machen. Die Mitteilung von dem Abschluß des Vertrages war eine völlige Ueberraschung für mich. Es gibt jetzt für die Deutschen meines Erachtens vielleicht zwei Möglichkeiten, entweder auf den Vertrag zu verzichten, oder an den Sitzungen der ersten Kommission nicht mehr teilzunehmen. Ich glaube zu wissen, daß die Deutschen zu letzterem bereit sind. Ich denke deshalb, daß die Sache beigelegt ist. Der Vorfall war durchaus nicht ohne Bedeutung, der Vertrag wurde hinter dem Rücken der andern Konferenzteilnehmer abgeschlossen. Wenn alle so handeln wollten, müßte die Konferenz zusammenbrechen. Die Note an die deutsche Delegation war meiner Ansicht nach vollauf berechtigt. Ich hoffe, daß sie eine ausgezeichnete Wirkung auf den künftigen Verlauf der Konferenz ausüben wird. Wenn auch die Gefahr einer verhängnisvollen Störung der Konferenz groß gewesen war, so ist doch keine Rede davon, daß die Russen und Deutschen den Vertragsabschluß in der Absicht vollzogen, die Konferenz zu Fall zu bringen. Ueber diesen Punkt darf kein Mißverständnis bestehen.

Zu den Verhandlungen mit Rußland sagte Lloyd George: Ich hoffe, daß heute die russische Antwort einlaufen wird. Ich würde sehr erstaunt sein, wenn sie nicht so lautete, daß sie die Fortsetzung der Konferenz rechtfertigt. Morgen wird die politische Kommission zusammentreten, um die russische Antwort zu prüfen. Ich hoffe, die Konferenz wird zu einem vollen Erfolg führen und zur Pazifizierung Europas und zur Wiederherstellung des zerstörten Kontinents beitragen. Uebrigens hat der Zwischenfall die Arbeit der Konferenz nicht aufgehalten, da man sowieso auf die russische Antwort warten mußte. Lloyd George schloß: Ich hoffe, die Konferenz wird zu einem Pakt führen, wie ihn die Canner Beschlüsse vorsehen, einem Pakt, in dem sich die Nationen verpflichten würden, sich jeder aggressiven Haltung zu enthalten. Sollte es nicht dazu kommen, so würde ich die Konferenz für einen Fehlschlag halten. Auf die Frage, wer die Feinde der Konferenz seien, erwiderte Lloyd George: Die Leute, die den Haß in Permanenz erklären und sich über die Konflikte zwischen den Nationen freuen. Der Völkerbund wird die Aufgabe haben, das Wirken der Konferenz fortzusetzen, aber erst, wenn ihm nicht bloß, wie gegenwärtig, die Hälfte von Europa, sondern wenn ihm alle Nationen Europas angehören. Solange Deutschland und Rußland außerhalb stehen, ist kein wahrer Weltfrieden möglich. Lloyd George betonte schließlich mit allem Nachdruck, daß er an einen günstigen Ausgang der Konferenz glaube. Er sei überzeugt, daß die Konferenz zur Wiederherstellung der europäischen Harmonie beitragen werde. Das sei der große Zweck und das Endziel der Konferenz, und er glaube daran.

•

Poincarés Hintertür.

Die augenscheinlich sehr zum Leidwesen Poincarés in Genua erfolgte Einigung hat ihn auf andere Wege gewiesen, um uns den Vertrag mit Rußland doch noch zu durchkreuzen. WTB. meldet darüber aus Paris:

Poincaré erstattete in der Sitzung des Kabinettsrats Bericht über seinen Schritt bei den Regierungen der alliierten Staaten und der kleinen Entente. Diesen Regierungen ist eine Note zugegangen, worin sie ersucht werden, sich über die an Deutschland zu richtende Aufforderung zu verständigen, nach der deutsch-russische Vertrag von Rapallo annulliert werden müsse. Poincaré ist der Ansicht, daß diese Maßnahme durch Verständigung von Regierung zu Regierung beschlossen werden kann, da nach seiner Auffassung der von den deutschen Vertretern begangene Fehler gewissermaßen über die Kompetenz der Konferenz von Genua hinausgehe. Der Wortlaut der Aufforderung an Deutschland soll von der Botschafterkonferenz auf Anweisung der alliierten Regierungen festgesetzt werden. **Falls eine Annullierung der deutsch-russischen Konvention in Genua nicht zu erreichen wäre, hätten auf diese Weise die Alliierten die Möglichkeit, sie außerhalb der Konferenz zu verlangen.**

Die Reparationskommission hat folgende Note veröffentlicht: „Die Reparationskommission hat ihre Aufmerksamkeit dem in Rapallo am 16. April von Rathenau als Vertreter der deutschen Regierung und dem Volkskommissar Tschitscherin als Vertreter der Regierung der Sowjetrepublik unterzeichneten Vertrag zugewandt. Im Laufe der heute abgehaltenen Sitzung wurden von der Kommission beschlossen: 1. Von der Kriegslastenkommission eine offizielle Kopie des Vertrages von Rapallo zu fordern. 2. Ihre juristische Abteilung zu beauftragen, sofort und ohne das Eintreffen der erwähnten offiziellen Kopie abzuwarten, die Frage zu prüfen, ob und in welchem Maße der Vertrag von Rapallo die Bestimmungen des Vertrages von Versailles berührt, für den allein die Reparationskommission zuständig ist, insbesondere ob und in welchem Maße der Vertrag von Rapallo den Rechten und Vorrechten der Reparationskommission Abbruch tun kann.

•

Wirtschaftsfragen im Ausschuß.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo".)

SPD. Genua, 21. April.

Am Donnerstag tagte der Ausschuß für materielle Handels- und Wirtschaftsfragen. Krassin betonte, daß Rußland grundsätzlich aus praktischen Beweggründen heraus vorläufig an der Aufrechterhaltung der Ausfuhrverbote festhalten müsse. Erst wenn der Wiederaufbau innerhalb der einzelnen Staaten das ökonomische Gleichgewicht zwischen den einzelnen Ländern und die Stabilisierung der Währungen erreicht sei, könne in Europa die Handelsfreiheit propagiert werden. Für Rußland handle es sich aber nicht um unfreundliche kriegerische Maßnahmen, sondern um Schutzmaßnahmen, die verhindern sollen, daß Rußland in eine Kolonie verwandelt wird. Krassin forderte eine systematische Verteilung der Rohstoffe unter die einzelnen Länder und stellte eine spezielle Note über das russische Außenhandelsmonopol in Aussicht. Der italienische Handelsminister überreichte einen Entwurf eines italienischen Abkommens, in dem sich die vertragschließenden Staaten verpflichten, den Handel nicht durch Verbote zu erschweren, abgesehen von Gründen der öffentlichen Sicherheit, sanitären Schutzes und von Waren, die Gegenstände des Staatsmonopols sind. Die Staaten sind berechtigt, sich gegenüber Gütern zu schützen, deren Auslandspreis unter den Herstellungskosten im Einfuhrland bleibt. Im Zweifelsfalle ist das internationale Schiedsgericht im Haag anzurufen. Die englische Delegation überreichte einen Abänderungsvorschlag zum Londoner Memorandum. Zum Schluß wurde festgelegt: Bis zum Montag, 24. April, abends, sind alle in Genua anwesenden Delegationen berechtigt, Vorschläge über weitere Diskussionsgegenstände innerhalb des Londoner Memorandums dem Ausschuß schriftlich zu unterbreiten. Der Ausschuß wird sich darüber schlüssig werden, ob er diese Gegenstände selbst behandeln oder durch eine besonders einzusetzende Sachverständigenkommission behandeln lassen will.

•

Die Antwort der Russen.

Havas meldet aus Genua: In den Unterredungen Lloyd Georges vor und nach dem Frühstück mit den Führern der alliierten Delegationen, denen sich die Vertreter der kleinen Entente angeschlossen hatten, war die Rede von der Wiederaufnahme der im Ausschuß für russische Angelegenheiten infolge des deutsch-russischen Vertrages unterbrochenen Arbeiten. Die Alliierten verständigten am Sonnabend die russischen Vertreter, daß sie die Besprechungen nicht wieder aufnehmen würden, solange sie nicht den ihnen gestellten Bedingungen zustimmten. Die russische Antwort, die heute übergeben wird, scheint nun nicht eine vollkommene Ablehnung zu sein. Infolgedessen handelt es sich darum, zu entscheiden, was der Ausschuß für russische Angelegenheiten tun wird. Barthou gab an, daß von offiziösen Besprechungen mit den Vertretern Moskaus keine Rede sein könne. Er setzte hinzu, daß es sehr wünschenswert sei, die Vertreter der neutralen Staaten nicht mehr von den eingeleiteten Verhandlungen fernzuhalten. Alle alliierten Bevollmächtigten schlossen sich dieser Ansicht des französischen Delegierten an. Es wurde beschlossen, daß der Unterausschuß für russische Angelegenheiten morgen vormittag eine offiziöse Sitzung abhalten soll, an der außer den Bevollmächtigten der fünf einladenden Mächte Vertreter Schwedens, der Schweiz, Polens und Rumäniens teilnehmen sollen. Die deutschen und russischen Vertreter werden nicht dazu eingeladen. Man wird die erste Prüfung der russischen Antwort vornehmen und beschließen, ob man die Verhandlungen mit den Sowjetdelegierten fortsetzen soll oder nicht. Im Verlaufe des Nachmittag wird dann der gleiche Unterausschuß offiziell mit den Russen zusammenkommen, wenn ihre Zulassung, wie es wahrscheinlich ist, genehmigt wird.

•

Aegypten fordert seine Unabhängigkeit.

Der Führer der national-ägyptischen Partei und Vorsitzende des ägyptischen Komitees, Ali Kemal Bei, hat laut Havas an die Mitglieder der Genueser Konferenz ein Memorandum gerichtet, in dem er die Unabhängigkeit Aegyptens und des ägyptischen Sudans unter folgenden Bedingungen verlangt: 1. Bedingungslose, uneingeschränkte Unabhängigkeit Aegyptens einschließlich des Sudan, 2. internationale Garantien für die Unabhängigkeit unter Beteiligung zum mindesten der großen Mittelmeermächte, 3. Einverständnis Aegyptens mit der dauernden tatsächlichen Internationalisierung des Suezkanals, 4. keinerlei Kontrolle der ägyptischen Finanzen, abgesehen von der öffentlichen Schuld, 5. falls das Komitee auf eine Wiederherstellung verzichtet, kann es nur zum Vorteil Aegyptens geschehen. — Die Wiederherstellung des Friedens in Aegypten ist, wie der ägyptische Parteiführer erklärt, abhängig von der Erfüllung dieser Bedingungen.

•

Was alles geredet wird.

WTB. meldet amtlich aus Berlin:

Zu der Behauptung des „Daily Telegraph", es stehe die Unterzeichnung einer deutsch-russischen Militärkonvention bevor, wird von zuständiger Stelle gesagt, daß der mitgeteilte Text des deutsch-russischen Vertrages vollständig ist. Es gibt dazu weder geheime Klauseln noch ein geheimes Abkommen; von einem militärischen Bündnis ist keine Rede. Der englische Bericht ist in vollem Umfang erfunden.

Wozu zu bemerken wäre, daß die Zeit, sich an Militärbündnissen zu beteiligen, für Deutschland ein für allemal vorüber ist.

Reichsland Oberschlesien.

Einen beachtenswerten Vorschlag macht in dem oberschlesischen Zentrumsblatt „Die Volksstimme" der Führer des oberschlesischen Zentrums, Reichstagsabgeordneter Ulitzka, zur Lösung des oberschlesischen Problems. Ulitzka wiederholt die schon früher von den Autonomisten ausgegebene Parole, die Form der Autonomie sei gleichgültig, wenn nur eine erweiterte Selbstbestimmung Oberschlesiens möglich würde. Er will die Agitation für die Landesautonomie fortsetzen und in der Volksabstimmung zum Siege führen. Wenn dieser Sieg errungen ist, wünscht er ihn aber nicht mehr im Sinne der Ausgestaltung eines selbständigen deutschen Landes Oberschlesien nach dem Vorbilde Bayerns oder Badens auszuwerten, sondern will aus Oberschlesien ganz nach freier Entschließung der oberschlesischen Volksvertretung und Vereinbarung mit dem Reiche ein Reichsland machen. In der Eigenart der inner- und außenpolitischen Bedeutung der oberschlesischen Frage findet er diese Verfassungsform genügend begründet. Dafür spricht auch die Tatsache, daß das oberschlesische Abstimmungsgebiet auf 15 Jahre unter die besonderen Rechtsverhältnisse des deutsch-polnischen Abkommens von Genf fällt. Für die Innehaltung dieses Abkommens sei nicht Preußen, sondern das ganze Reich verantwortlich. Was läge da näher, als daß das Reich mit der Verantwortung auch die Regierung und die Verwaltung dieses Gebietes unmittelbar übernehme.

Ulitzka glaubt, mit diesem Vorschlage den sozialdemokratischen Gedankengängen einer gleichzeitigen Vereinheitlichung, Dezentralisierung und Demokratisierung der Reichspolitik entgegenzukommen. Oberschlesien kann seiner Meinung nach die erste Zelle werden für die Neugliederung des Reiches im Sinne strafferer Zusammenfassung, sparsamerer Verwaltung und größerer Vereinfachung.

•

Wir halten diesen Vorschlag um so mehr für beachtlich, als er den unserer Meinung nach richtigsten Weg zeigt, um auch die Hamburg-Frage aus der Sackgasse herauszubringen, in die sie durch das eigentümliche Verhalten der preußischen Regierung und ihrer Unterhändler geraten ist. Dieses ganze Verhalten, insbesondere auch die überdiplomatische Scheu der jetzt in Altona weilenden preußischen Landtagskommission vor jeder Berührung mit der breiten Oeffentlichkeit, läßt wenig Aussicht auf eine Erfüllung der Groß-Hamburg-Pläne im Sinne der arbeitenden Bevölkerung. Dann bleibt eben nur übrig, den Weg zur Reichsprovinz oder zum Reichsland zu beschreiten, wie Dr. Köster ihn vor Jahr und Tag hier schon einmal empfohlen hat. Der preußische Widerstand würde sich zwar auch dagegen stemmen, einem Reichsland Hamburg das zu gewähren, was es im Reichsinteresse braucht, aber dieser Widerstand müßte und würde dann schon deshalb gebrochen werden, weil alle nicht preußisch-partikularischen Kräfte sich gegen ihn vereinigen ließen.

Durch verhältnismäßig kleine Opfer und kluges Entgegenkommen hätte Preußen der Neugliederung des Reichs, die doch einmal kommen muß, weil sie im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung liegt, selbst die Wege ebnen und sich als Führer des innerpolitischen Fortschritts in Deutschland bewähren können. Statt dessen hindert es die organische Zusammenfassung Thüringens wie die Groß-Hamburgs, und wird es so auch dahin bringen, daß sich Oberschlesien von ihm loslöst.

Stand des Dollars (vorbörslich) 280.

Das Magdtum Dörte Brüsehavers.

Von Willy Harms.

[17]

Hatte seine Frau das gesagt? Sie, die im Grunde allein die Schuld trug? Sie wollte die ganze Sache umkehren und ihn noch gar ins Unrecht setzen? Und ihm bot sie das hier ins Gesicht? Er schlug die Tasse auf den Tisch, daß die Scherben auf den Fußboden flogen. Wut, Haß lag in seiner Stimme, als er seine Frau anschrie.

„Und das wagst Du mir zu sagen? Wer hat es denn auf dem Gewissen, daß es soweit gekommen ist? Du allein! Du hast den beiden das vorgeredet! Ihm hab ich das Verbauern mit dem Handstock ausgetrieben. Dort steht er beim Ofen — — hüte Dich!" Drohend hob er die Faust, die schwielige. Fast als wollte er einen Eid tun. „Noch bin ich Herr der Hufe!" In seiner Erregung war er ein paar Schritte auf seine Frau zugegangen — — —

„Hau doch zu!"

Verächtlich klang das. Nicht einmal ihn anzusehen, hielt seine Frau für nötig.

Roh trat er an ihren Stuhl heran. „Das sage ich Dir: unmöglich ist es nicht! Durch Eure Schulmeisternücken treibt Ihr mich soweit. Verbauert meinetwegen soviel Ihr wollt, aber stemmt Euch nicht noch einmal gegen die Hufe! Dann gibt es ein Unglück, so gewiß ich hier vor Dir stehe! Der erste, der noch einmal von dem Schulmeister spricht, fühlt diese Faust!"

Krachend fiel sie nieder auf den Tisch.

Fast weiß war ihr Gesicht, als Frau Magdalene langsam und schwerfällig aufstand und auf ihren Mann zuging, daß er unwillkürlich einen Schritt zurückwich. Tränen standen in ihren Augen.

„Schulmeisters Lene, nein, Du hättest sie nicht nehmen sollen — —. All das, was sie einst für Dich übrig hatte, auch für Deinen Trotz und Deinen Eigenwillen, das hast Du eben zertreten. Von heute an hast Du — nur um der Kinder willen — wohl noch eine Frau im Hause, Dein Weib wirst Du nirgends mehr finden — nie mehr. Mach mit Deiner Hufe was Du willst — bei sie an, — — mich hast Du sie heut hassen gelehrt. Damit Du's nur weißt."

„Schnack!" Mehr wußte der Schulze seiner hinausgehenden Frau nicht zu erwidern. Er langte nach der Mütze, um nach dem abgeernteten Roggenschlag zu fahren. — — —

Frau Magdalene ging in das Schlafzimmer ihrer beiden Töchter. Ruhiger mußte sie erst werden, noch konnte sie Dörte die schlimme Botschaft nicht ausrichten. Wie würde sie den Schlag tragen? Wie ertrug Klaus diese Stunde? Gab es noch einen Weg, der um diesen Starrsinn herumführte? Und wenn Dörte die Kraft zu diesem Wege fand, war auch Klaus stark genug, der Tochter eines Mannes die Hand zu reichen, der ihn wie einen Hund von dannen gepeitscht hatte? Und wenn er es tat, war das groß oder klein, erhaben oder erbärmlich? Alle Richtlinien waren ihr in dieser Stunde verschoben. Ganz fremd erschien ihr Klaus, weil sie keinen Wegweiser fand, der ihr Anhaltspunkte für sein Denken gab. Und dabei hatte sie geglaubt, jede Saite seiner Seele zu kennen. Ein Verzagen war in ihr ... nicht denken ... alles laufen lassen ...

Dörte mußte bald hereinkommen, die wollte sie fragen.

All ihre Sorgen würden von neuem aufleben, nun da ihr Mann daranging, auch Dörte in die Hufensielen zu spannen. Aber seit heute morgen fühlte sie sich machtlos gegen ihn.

Wenn sie an ihn dachte: nicht Zorn, nicht einmal Bitterkeit war es, was sie gegen ihn empfand, — nur eine Leere war da drinnen. Den Stolz auf ihn, den sie, wenn auch nicht immer bewußt, doch gepflegt hatte, den Stolz auf den eigenwilligen Dorfgewaltigen fand sie nicht wieder. Das warme Gefühl von seinem gradlinigen Charakter war verdorrt. Er war ihr Mann, aber das Wort hatte keine Resonanz mehr. Fortgehen? Daran dachte sie überhaupt nicht: Gewohnheit, Müdigkeit, Verantwortung gegen ihre Kinder ließen diesen Gedanken gar nicht ins Bewußtsein treten.

Sie fand keinen Pfad aus dem Dickicht der Beklemmungen und Sorgen. Eins nur wußte sie: schwer würde sie fortan das Beigewicht der Stunden schleppen. Sie sah Dörte den Gartensteig heraufkommen. Da ging sie in die Wohnstube. Mechanisch suchten ihre Hände eine Stütze an Stuhl und Tisch.

„Mutter, was hatte Vater beim Kaffee? Ich sah ihn eben wegfahren."

Dörte hatte sich auf einen Stuhl gesetzt, um die Schalen von den Bohnen zu entfernen. Während Magdalene Brüsehaver sprach, streichelte sie das aschblonde Haar ihrer Tochter: „Dörte, sag, hast Du Deinen Klaus sehr lieb?"

„Mutter, das weißt Du doch. Weshalb fragst Du?"

„So lieb, daß Du alles, Heimat und Vaterhaus, für ihn dahingeben könntest?" Das Zittern ihrer Stimme konnte sie nicht unterdrücken.

„Ja, Muttsch, ich könnt es!" Stolz und sicher sprach Dörte Brüsehaver.

„Mein Dirn, ich muß es Dir sagen, Vater hat sich gestern abend mit Klaus entzweit. Die Hufe hat er ihm angeboten, er sollte kein Lehrer werden. Klaus hat abgelehnt. Beide sind hart aneinandergeraten."

Und nach einer Pause: „Vater hat ihn zuletzt sogar geschlagen ..." Nun hatte sie das grausame Wort gesagt. Wohl zuckte Dörte zusammen, der Atem ging etwas lauter, doch keine Träne weinte sie. Mit blanken Augen sah sie ihre Mutter an:

„Mudding, alles kommt nur auf Klaus an, will er mich haben, kann Vater nichts daran ändern."

„Dörte!"

„Ja, Muttsch, in zwei Jahren bin ich großjährig, dann gehe ich hin zu ihm."

„Du kennst Vater. Weißt Du, was Dein Schritt bedeuten würde?"

„Ja, Mutter, ich weiß es!"

Und stille wurde es zwischen den beiden. Frau Magdalene war ratlos. Sah sie denn nur alles so schwer? So einfach und selbstverständlich sprach ihre Tochter von diesen Dingen ...

Doch als Dörte leise hinwarf: „Vielleicht gibt Vater mit der Zeit doch seine Einwilligung", faßte ihre Mutter sie erregt an den Arm: „Glaub's nicht, mein Dirn. Wenn Du wüßtest, wie hart Vater heute morgen Dich und mich — er konnte nicht härter sein —" sie mußte sich umwenden, schämte sich in Gedanken vor ihrer Tochter der brutalen Worte ihres Mannes — „er hat es verboten, auch nur noch einmal Klaus' Namen zu nennen — — —"

„Aber das Denken an Klaus kann mir keiner verbieten! Den Glauben an unser Glück kann mir nur einer nehmen: Klaus! Und der tut's nicht, Mutter!"

Magdalene Brüsehaver war bestürzt über ihr tapferes Mädel. War das einfach Jugend, die mit einer losen Handbewegung Verhaue zerbrach, vor denen reife Menschen umkehren mußten? Nein, es war mehr: dort saß ein Weib, das nur den Mann sah, ohne rechts und links zu blicken. Sie war gewohnt, Dörte zu helfen, als Mutter ihr beizustehen, — — nun stand sie plötzlich auf eigenen Füßen. Klaus hatte aus ihrem Mädel einen starken Menschen gemacht. Ihr Kind war ihr in diesem Sommer entwachsen, ohne daß sie es gesehen hatte. Wie eine Vereinsamung, ein Beiseiteschieben war das ... und wollte die Freude, daß Dörte diese Stunde leicht überwand, als sie gefürchtet hatte, nicht neben sich dulden.

„Mutter, wie muß meinem armen Klaus zumute sein! Und in einigen Tagen hat er Examen, — aber er zwingt es doch! Morgen oder übermorgen hab ich einen Brief von ihm!" — —

Als am nächsten Tage die elfte Vormittagsstunde heranrückte, ging Dörte nach dem Hof, „um nach den Hühnern zu sehen". Mehr noch aber sah sie nach dem Hoftor, durch das Vater Steffen kommen mußte, der seit Jahrzehnten den Krumbseern die Briefe brachte. Beim Schulzengehöft ging er eigentlich nie vorbei, — wenn nichts anderes, brachte er doch amtliche Sachen, die aber der alles Schreibwerk hassende Schulze nie vor Abend öffnete. Vater Steffen kannte alle großen und kleinen Geschehnisse im Ort, er war Vertrauensmann von Jung und Alt. Das Merkwürdige war, daß er trotzdem noch immer schweigen konnte. Und wenn Großmütter und Tanten gar zu gern etwas aus ihm herauspressen wollten, dann verscheuchte er sie mit seinem Amtsgeheimnis. Und dieses Mittel, das nach Gefängnis und Gendarm roch, hielt zwar die Neugierde zurück, hatte es aber auch mitgebracht, daß Vater Steffen eine Art Respektsperson im Dorfe geworden war, — — und kein Großherzogliches Amt hatte ihn dazu eingesetzt.

Fortsetzung folgt.